

## Niederschrift

### 44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 18.10.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	bis 18:50 Uhr
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	ab 17:05 Uhr
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	ab 16:40 Uhr
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	

##### beratende Mitglieder

Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter

##### Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3
--------------------	--------------------

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Herr Alexander Gehl	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat	entschuldigt
Frau Julia Laabs	Kreiselternrat	nicht entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Pascal Loerch	Kreisschülerrat	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Herr Jörn-Michael Westphal	ProPotsdam GmbH
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Frau Katharina Tietz	Chill out e.V.
Frau Carmen Bangeow	salus prävention Potsdam
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.08.2018 und vom 27.09.2018 /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB  
VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und  
Jugendliche
- 7 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für  
Erwachsene
- 8 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018  
Vorlage: 18/SVV/0648  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 18/SVV/0634  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit  
- Wiedervorlage -
- 9.2 Klarheit bei den Kita-Gebühren  
Vorlage: 17/SVV/0798  
Fraktionen SPD und CDU/ANW  
- Wiedervorlage -
- 9.3 Rückzahlung rechtswidriger Kita-Elternbeiträge  
Vorlage: 18/SVV/0417  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Entscheidungsgrundlage zu freiwilligen Rückzahlungsforderungen der Elternbeiträge ab dem Jahr 2016  
Vorlage: 18/SVV/0619  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
- Wiedervorlage -
- 11 Empfehlung des Jugendhilfeausschusses an die Stadtverordnetenversammlung zu den Rückzahlungen von Elternbeiträgen 2016 - 2018
- 12 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk. Er begrüßt Herrn Mak Kljunic als neues stellvertretendes beratendes Mitglied für die Jugendvertretung im Jugendhilfeausschuss.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.08.2018 und vom 27.09.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die so korrigierte Niederschrift zur Sitzung vom 30.08.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend stellt Herr Kolesnyk die Niederschrift zur Sitzung vom 27.09.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass Herr Jekel aufgrund eines anderen Termins erst ab 18 Uhr an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnehmen kann. Erst dann sollte der Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH (Vorlage 18/SVV/0634) und das Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018 (Vorlage 18/SVV/0648) aufgerufen werden.

Herr Kolesnyk verweist auf den als Tischvorlage ausgereichten Dringlichkeitsantrag und schlägt vor, diesen heute zu beschließen, um ihn fristgemäß für die Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2018 einreichen zu können. Der Antrag könnte dann eingebracht und in die Ausschüsse überwiesen werden. Somit besteht die Möglichkeit, die Vorlage im JHA und in den Fraktionen ausführlich beraten zu können.

Er stellt die Dringlichkeit des als Tischvorlage ausgereichten Antrages zur Abstimmung.

Der Dringlichkeit wird einstimmig zugestimmt.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

### **zu 3      Informationen des Jugendamtes**

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der Ort für die Weihnachtssitzung des Jugendhilfeausschusses festgelegt werden sollte.

Herr Ströber schlägt vor, die Sitzung im freiLand durchzuführen.

### **zu 4      Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe berichtet über die Ergebnisse der Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 16.10.2018. Der Unterausschuss hat sich mit dem Rückblick auf die Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses, insbesondere mit der Vorlage zur Stadtteilarbeit, befasst. Das Ergebnis der Sozialraumevaluierung wurde beraten. Das Schlussdokument liegt vor und sollte in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt werden. Des Weiteren wurde der Stand der Erarbeitung des Jugendförderplanes besprochen. Dieser wird voraussichtlich im Dezember dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Herr Ströber berichtet über die Sitzung der **Regionalen Jugendhilfe AG 3**, in der die Schüler/-innenbefragung „Freizeit und Mitbestimmung in Potsdam 2018“

besprochen wurde. Die Vorstellung erfolgte durch Herrn Becker als Qualitätsmanager Jugendförderung und war sehr detailliert aufbereitet. Er regt an, darüber nachzudenken, dass durch eine Verstärkung der Befragung ein wesentlicher Beitrag zur Qualitätssteigerung und –sicherung geleistet werden kann.

Die AG hat sich mit der Datenschutzgrundverordnung befasst und unterstützt ausdrücklich die Position aus dem Bericht der AG nach § 78 SGB VIII „Hilfen zur Erziehung“ im Jugendhilfeausschuss am 27.09.2018.

Im Rahmen der Beratung zum Jugendhilfeplanungsthema „unvorhersehbare Bedarfe“ wurde entschieden, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Regionalen Jugendhilfe AG 1 zur Konkretisierung der Umsetzung zu verabreden.

Abschließend erinnert Herr Ströber an seine Information vom 27.09.2017 bezüglich des benötigten Kontingents für die Durchführung der RAK-Sitzungen mit den Schulen, um zu den Sitzungen Kaffee, Kekse und Wasser zur Verfügung stellen zu können. Er teilt mit, dass dafür keine Mittel zur Verfügung stehen und bittet um Unterstützung.

#### **zu 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates**

Von Seiten der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates liegen keine aktuellen Informationen vor.

#### **zu 6 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle des Chill out e.V. für Kinder und Jugendliche**

Frau Tietz (Chill out e.V.) stellt anhand einer Präsentation die Fachstelle für Konsumkompetenz vor und verweist dabei auf die gute Zusammenarbeit mit der Suchtkoordinatorin der Landeshauptstadt Potsdam. Sie stellt die Netzwerkpartner vor und geht auf die erreichten Dialoggruppen ein sowie auf die Umsetzungsebene und Inhalte der Maßnahmen. Frau Tietz gibt einen Überblick über die erbrachten Fachleistungsstunden und stellt zusammenfassend fest, dass das Beratungsangebot gut durch Jugendliche, Angehörige und Multiplikator/-innen angenommen wird.

Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

#### **zu 7 Vorstellung der Suchtpräventionsfachstelle der salus prävention Potsdam für Erwachsene**

Frau Bangeow (salus prävention Potsdam) stellt anhand einer Präsentation die Suchtpräventionsstelle der salus Klinik vor. Sie erläutert die Ziele der Suchtprävention und stellt anschließend die Suchtpräventionsangebote vor. Anschließend erläutert sie die Online-Selbsthilfe-Programme.

Abschließend gibt Frau Bangeow einen Überblick über die geleisteten Fachleistungsstunden.

Herr Otto fragt, wie die Zusammenarbeit mit der salus Klinik in Lindow ist.

Frau Bangeow erklärt, dass es eine gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Kliniken gibt, die je nach Bedarf erfolgt.

Frau Schulze fragt, mit welchen Partnern salus in der Vergangenheit gearbeitet hat.

Frau Bangeow erklärt, dass Firmen angeschrieben und auch angesprochen werden, wie z.B. die Stadtverwaltung. Hier werden Fach- und Führungskräfte-Schulungsangebote unterbreitet.

Herr Liebe weist darauf hin, dass der Substanzkonsum insgesamt deutlich zunimmt. Auch die Substanzen sind riskanter geworden. Er fragt, wie mit der neuen Tendenz umgegangen wird, Stoffe zu legalisieren.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass ihr der Überblick fehlt, in welche Richtung sich der Substanzkonsum entwickelt. Welche Tendenzen und welche neuen Probleme tauchen auf und wie wird darauf reagiert?

Frau Tietz erklärt, dass nach wie vor der Konsum von Cannabis eine große Rolle spielt. Es wird angestrebt, dass die Jugendlichen die Konsumerfahrungen so spät wie möglich machen, indem auf die Gefahren und Konsequenzen hingewiesen wird. Auch die Eltern müssen dahingehend informiert werden, um entsprechend reagieren zu können.

Frau Bangeow erklärt, dass bei den Erwachsenen vorwiegend Alkohol und Zigaretten eine Rolle spielen. Auch Tablettenkonsum ist ein Thema.

Auf Nachfrage erklärt Frau Tietz, dass Crystal Meth bisher in Potsdam im öffentlichen Raum keine Rolle spielt.

Frau Bangeow erklärt, dass es im Erwachsenenbereich sehr wenige Fälle gibt.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass beide Fachstellen auch für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie sehr wichtig sind, da die Kinder und die Eltern mit speziellen Angeboten versorgt werden können.

Frau Schultheiss fragt, ob die Ausschreibungen der Leistungen nach drei Jahren auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den Zielgruppen (z.B. auf die Beziehung) hat.

Frau Bangeow erklärt, dass der Aufbau einer Beziehung sehr wichtig ist. Wenn die Vertrauensperson wegfällt, entsteht ein großer Bruch. Dies wird von Frau Tietz bestätigt. Sie betont, dass dies den Beratungsprozess enorm stört, da die Beratungsarbeit auch Vertrauen benötigt.

Frau Hayn (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass geprüft wird, ob in die Vertragsgestaltung Verlängerungsoptionen aufgenommen werden können. Auch an der rechtzeitigen Ausschreibung wird gearbeitet.

Herr Heidepriem verweist auf Kinder, die verwahrlost sind, u.a. mit glasigen Augen im Unterricht sitzen und ggf. auch einschlafen. In Gesprächen mit Eltern werden Schlafstörungen vorgeschoben und Drogenkonsum verneint.

Frau Tietz rät, eine Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer durchzuführen, um dies zu erkennen.

Frau Reisenweber ermuntert Herrn Heidepriem im Rahmen des PLUS Programms einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Otto spricht sich für eine längerfristige Vergabe der Leistungen aus.

**zu 8 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018**

**Vorlage: 18/SVV/0648**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 9.1 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH**

**Vorlage: 18/SVV/0634**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

- Wiedervorlage -

Herr Kolesnyk verweist auf die Stellungnahme zur Drucksache, die allen Ausschussmitgliedern vorliegt. Er weist darauf hin, dass die Zuarbeit des Beteiligungsmanagements dort eingeflossen ist.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) teilt mit, dass sich auch der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft und der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion mit der vorliegenden Beschlussvorlage befasst haben. Er weist darauf hin, dass keine Mittel aus dem Budget für die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser heraus genommen werden. Es ist keine Maßnahme zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes der Stadtteilarbeit.

Das Gesamtkonzept für Stadtteilarbeit stellt ein Diskussionsmaterial dar, um in das Gespräch zu kommen. Ein konkretes Angebot dazu ist die Durchführung eines Fachtages Anfang 2019, um eine gemeinsame Sichtweise hinzubekommen.

Die Abstimmung mit der KUBUS gGmbH steht noch aus. Das Gespräch ist für Anfang November 2018 geplant. Er betont, dass es hier klare Abgrenzungen geben soll.

Frau Schulze weist darauf hin, dass am 17.10.2018 das Gespräch mit der AG der Bürger- und Begegnungshäuser stattgefunden hat. In der letzten Sitzung wurde um eine Stellungnahme gebeten. Diese liegt bisher nicht vor.

Herr Jekel erklärt, dass die Beratung stattgefunden hat. Es gibt kein einheitliches Votum, da es keine einheitliche Sichtweise gibt.

Herr Jekel betont, dass er die Zusammenfassung erstellen kann, die dann den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Frau Dr. Müller betont, dass darum gebeten wurde, verbindlich aufzunehmen, dass es sich um die 3 Häuser handelt. Sie weist darauf hin, dass die Beschreibungen zur KUBUS gGmbH in dem vorliegenden Papier nicht stimmen. Sie bittet um eine Korrektur in Abstimmung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Herr Westphal teilt mit Bezug auf die KUBUS gGmbH mit, dass es aus dem Dezember 2017 eine Vereinbarung gibt, die durch Frau Fischer und Herrn Beermann unterzeichnet wurde. Aus dieser geht hervor, dass es keine Doppelstrukturen sondern eine Ergänzung geben wird.

Er informiert über das Gespräch mit den Bewohnern am Schlaatz vom

27.09.2018, in dem sich für die Fortsetzung der Arbeit ausgesprochen wurde. Im Gesellschafterbeschluss ist bereits die Beschränkung auf die 3 Häuser festgelegt. Es wird empfohlen, einen Fachbeirat einzurichten.

Herr Liebe hat festgestellt, dass das ehrenamtliche Engagement insgesamt zurückgeht. Er fragt, welche Vorstellungen es zur Beförderung ehrenamtlichen Engagements gibt.

Herr Westphal erklärt, dass der Verein gegründet wurde, um Nachbarschaftsarbeit zu befördern. Er verweist auf den Ehrenamtspreis, der regelmäßig verliehen werden.

In der Kooperation zwischen Gewoba und dem Verein werden einige Möglichkeiten gesehen. Er selbst hat bereits Mitarbeitende der Gewoba, die in den Ruhestand gehen, angesprochen, sich ehrenamtlich zu betätigen.

Herr Schubert macht deutlich, dass mehrfach betont wurde, dass es nur um die 3 Häuser geht. Er bittet sich daran zu erinnern, wie sich z.B. der Milanhorst entwickelt hat.

Frau Schulze betont, dass die wertvolle Arbeit der drei Häuser nicht in Abrede gestellt werden soll. Sie verweist auf die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 18.09.2018 und macht deutlich, dass hier eine schriftliche Stellungnahme gefordert wurde.

Herr Jekel macht mit Bezug auf die Kooperationsvereinbarung deutlich, dass die Profile der Einrichtungen herausgestellt werden. Er weist darauf hin, dass in der ausgereichten Stellungnahme dargestellt werden soll, dass die vielfältige Trägerlandschaft erhalten bleiben soll.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage lediglich entschieden werden soll, dass etwas gemacht werden soll, nicht jedoch die abschließende Entscheidung getroffen wird. Sichergestellt werden muss, dass die bisherige Arbeit weitergehen kann. In der Vergangenheit haben einige Träger, die als Verein organisiert waren, die Organisationsform gewechselt, da alle vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Der Unterschied ist hier, dass mitgeredet werden kann, da es sich um eine städtische gGmbH handeln würde. Er schlägt vor, eine entsprechende Formulierung in den Beschluss aufzunehmen oder einen konkreten Arbeitsauftrag zu geben, der die diskutierten Punkte beinhaltet.

Frau Parthum fragt, ob es möglich ist, dass die Landeshauptstadt Potsdam, wenn sie ein neues Nachbarschafts- und Begegnungshaus baut, die gGmbH beauftragen kann.

Herr Jekel erklärt, dass dann eine Ausschreibung erfolgen muss und sich die gGmbH daraufhin bewerben kann.

Frau Frehse-Sevran fasst zusammen, dass sich dem gGmbH auf die 3 Häuser beschränken soll. Wenn ein Haus ausgeschrieben wird, kann sich die gGmbH bewerben. Sie schlägt vor, dies so im Beschluss zu formulieren.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die folgende geänderte Fassung beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Vorbereitungen zu treffen, die für die Gründung bzw. den Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die



Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere die Prüfung des Vorliegens der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen und die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen. **Zur Vermeidung von Doppelstrukturen wird das Tätigkeitsfeld anderer städtischer Gesellschaften und der Potsdamer Trägerlandschaft im Gründungsprozess berücksichtigt. Im Falle der Ausweitung auf weitere Tätigkeitsorte und -felder ist der Subsidiaritätsgrundsatz zu wahren.**

Das Ergebnis der Prüfung mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen.**

**zu 9.2 Klarheit bei den Kita-Gebühren**

**Vorlage: 17/SVV/0798**

Fraktionen SPD und CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der Antrag teilweise erledigt ist. Die Drucksache sollte erneut zurückgestellt werden, um in den antragstellenden Fraktionen zu beraten, wie weiter vorgegangen werden soll.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Zurückstellung.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen.**

**zu 9.3 Rückzahlung rechtswidriger Kita-Elternbeiträge**

**Vorlage: 18/SVV/0417**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Beck beantragt die Zurückstellung.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Zurückstellung.

**Abstimmungsergebnis:  
mehrheitlich angenommen.**

**zu 10 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 10.1 Entscheidungsgrundlage zu freiwilligen Rückzahlungsforderungen der Elternbeiträge ab dem Jahr 2016**

**Vorlage: 18/SVV/0619**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

- Wiedervorlage -

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Empfehlung des Jugendhilfeausschusses an die  
Stadtverordnetenversammlung zu den Rückzahlungen von Elternbeiträgen  
2016 - 2018**

Herr Kolesnyk bringt den als Tischvorlage ausgereichten Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung am 07.11.2018 ein und begründet diesen. Er informiert, dass im Rahmen der Mediation zur Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.07.2018 unter Beteiligung von Verwaltung, Kita-Trägern und Kita-Elternbeirat (jeweils 3 Personen) eine Verständigung über unterschiedliche Punkte erfolgte. Es konnte nicht in allen Punkten Konsens erzielt werden (siehe Anlage 2 Mediationsvereinbarung). Im Ergebnis werden von den Teilnehmenden der Mediation die Punkte dieser Vorlage zum Beschluss empfohlen.

Es erfolgt eine kurze Verständigung zur vorliegenden Drucksache.

Frau Dr. Müller bittet, die Empfehlung verständlicher zu formulieren. Sie hält es für wichtig, dass die Punkte, zu denen Einigkeit erzielt wurde, in den Beschlusstext aufgenommen werden.

Herr Liebe schlägt vor, die Begründung um die vier Punkte der Empfehlung zu ergänzen.

Herr Schubert betont, dass es in der bisherigen Darstellung der Varianten und der jetzt mit dem Antrag vorliegenden Daten einen Unterschied gibt. In der vorliegenden Vorlage wurde mit der aktuellen Kinderzahl gerechnet, da sich die Kinderzahl zwischenzeitlich um ca. 4.000 Kinder erhöht hat. Dies sollte auch so deutlich dargestellt werden, um für den Vergleich eine saubere Abgrenzung hinzubekommen.

Er schlägt vor, dass durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie eine Gegenüberstellung der unterschiedlichen Darstellungen erfolgt.

Frau Dr. Müller bittet, den 2. Satz im 1. Absatz des Antragstextes verbindlicher zu gestalten.

Herr Schubert bittet, auch den Zeitraum zu beachten, in dem eine Vorlage vorgelegt werden soll.

Frau Dr. Müller 1. Absatz wie folgt zu ändern.: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2019 im Ergebnis der Gespräche mit den Trägern über die Modalitäten der Rückzahlung schriftlich zu informieren.“

Es erfolgt eine Abstimmung zum Verfahren mit folgendem Ergebnis:

Der Antrag wird am 07.11.2018 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und soll, zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen werden, um im Dezember 2018 einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen.

Frau Frehse-Sevran und Herr Ströber sprechen sich für eine sofortige Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im November aus. Eine weitere Verzögerung ist den Eltern nicht zu vermitteln.

Frau Dr. Müller fragt, ob die Möglichkeit besteht, dass sich der Finanzausschuss im Vorfeld mit dem Antrag befasst.

Herr Schubert bittet, dem Kämmerer die Zeit zu geben, um zu prüfen, wie die Finanzierung erfolgen kann. Es muss eine solide Aufbereitung erfolgen können.

Herr Liebe betont, dass dies gut kommuniziert werden muss.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass die Träger möglicherweise in Vorleistung gehen müssen. Hierfür gibt es keine Grundlage. Jede Verzögerung bringt mehr Unruhe. Es muss eine Erklärung geben, die für die Eltern nachvollziehbar ist sowie eine Verständigung auf einen Endpunkt.

Herr Ströber bittet, den Zeitrahmen in den Beschlusstext aufzunehmen. Es muss den Eltern signalisiert werden, dass zügig gearbeitet wird.

Herr Schubert betont, dass am 05.12.2018 in der Stadtverordnetenversammlung berichtet werden kann.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dann auch das Mediationsergebnis zu präsentieren. Hier wurde eine wichtige Hürde genommen. Jetzt geht es um die Umsetzung.

Herr Schubert bietet an, dass der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses mit ihm zusammen am 19.10.2018 eine Pressemitteilung herausgibt.

Herr Kaiser erinnert daran, dass er in der AG Elternbeitragsordnung vorgeschlagen hat, den Eltern einen Überblick zu geben, welche Schritte wann unternommen werden.

Herr Schubert erklärt, dass etwas vorbereitet wurde, das herausgegeben werden kann.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass sie mit dem Vorschlag mitgehen kann.

Herr Kolesnyk wird eine Presseerklärung herausgeben.

Herr Kolesnyk verweist auf die Nachfrage von Frau Kahl bezüglich des Verjährungsverzichtes.

Herr Tölke sagt zu, dass dazu die Abstimmung mit dem Rechtsamt erfolgt. Herr Tölke nimmt Kontakt mit Frau Krusemark auf.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Rückzahlung von Kita-Elternbeiträgen für die Zeit vom 01.01.2016 bis 31.07.2018 erfolgt auf Basis der in der DS 18/SVV/0619 aufgeführten Variante 5.1 mit der Kostenbasis 2010 entsprechend der Beitragstabelle anbei (Anlage 1). Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2018 über die Auswirkungen auf den Haushalt zu berichten und sie im Januar 2019 im Ergebnis der Gespräche mit den Trägern über die Modalitäten der Rückzahlung schriftlich zu informieren.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31.03.2019 eine Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie vorzulegen, die einen stadtweit einheitlichen Satz für das Mittagessen in Kindertagesstätten (Essengeld) in Höhe der ersparten Eigenaufwendungen ermöglicht und sicherstellt. Für die Kindertagespflege ist ebenso zu verfahren.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig angenommen.**

**zu 12      Sonstiges**

Herr Schubert bedankt sich bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für die gute Zusammenarbeit.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 29. November 2018, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**